

EINGEGANGEN

24. NOV. 2009

Vorzimmer Landrat

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

B90 / DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion Warendorf Oststr. 12 48231

An den Landrat des Kreises Warendorf
Herrn Dr. Olaf Gericke
Waldenburgerstr. 2

48231 Warendorf

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion Warendorf

Cornelia Lindstedt
Sprecherin
Oststr. 12
48231 Warendorf
Telefon: 02581 8198
Telefax: 02581 8265

E-Mail: gruene.warendorf@t-online.de
mo, di 13 -18h, do 15-19h

23.11.2009

Antrag zur Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2010

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt an den Kreistag folgenden

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen, dass der Kreis Warendorf in den Stellenplan des Haushalts 2010 für den Rettungsdienst des Kreises Warendorf als Sollstellen die 62 Stellen einstellt, die der Rettungsbedarfsplan des Kreises als erforderliche Stellen zur Durchführung des Rettungsdienstes festgelegt hat. Für das Haushaltsjahr 2010 wird der Landrat beauftragt, in einem ersten Schritt fünf weitere hauptamtliche Rettungsassistenten einzustellen.

Begründung:

Der Rettungsdienst finanziert sich Kosten deckend durch Gebühren. Im Haushaltsjahr 2008 lagen die eingenommenen Gebühren 528.113,-€ über dem Haushaltsansatz (Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises WAF, Haushaltsjahr 2008, Seite 19) und müssen nun in den kommenden drei Jahren über eine Anpassung der Gebühren ausgeglichen werden. Wir fragen uns, ob dieser Überschuss durch den Einsatz von geringfügig Beschäftigten und von Zivildienstleistenden, die auf den nicht im Stellenplan ausgewiesenen Stellen eingesetzt werden, erzielt wird und zu Lasten der hauptamtlich beschäftigten Retter geht.

Denn der Personalbericht des Kreises Warendorf 2008 weist für die Rettungswachen einen sehr hohen Krankenstand aus. Nach den Ausführungen des Landrates liegt das in einer hohen Zahl von Langzeiterkrankten begründet. Deshalb fragen wir in diesem Zusammenhang auch, ob Berichte über hohen Überstundenanfall in den Wachen zutreffen.

Insgesamt haben wir die Besorgnis, dass dies ernst zu nehmende Hinweise auf eine zu geringe Vollzeitbeschäftigung in den Wachen sind.

Nach Informationen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen haben nach dem Inkrafttreten des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Jahre 2005 und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur 48 Stunden Woche alle Rettungsträger auf hauptamtliche Beschäftigte umgestellt. Der Einsatz geringfügig Beschäftigter in den Rettungswachen ist in anderen Kreisen nicht der Fall.

Entsprechend der einschlägigen Haushaltsvorschriften sind in den Stellenplan die Sollstellen einzustellen, die für die regelmäßige Durchführung der Aufgaben erforderlich sind. Dies sind die im Rettungsbedarfsplan vorgesehenen 62 Stellen.

Weiter wird durch die Reduzierung der Zivildienstzeit die Aufgabenerledigung zukünftig schwieriger, weil die Resteinsatzzeit der Zivis nach der Ausbildung zu gering wird und erheblichen Verwaltungsaufwand für die Personal verwaltenden Stellen der Kreisverwaltung mit sich bringt.

Zudem muss die Reduzierung der Wochenarbeitszeit ausgeglichen werden. Durch die Einführung der 48 Stunden Woche wird auch das Angebot an qualifiziertem Personal im Wege der geringfügigen Beschäftigung nicht mehr gegeben sein. Personen mit einer vollschichtigen wöchentlichen Arbeitszeit bei anderen Arbeitgebern scheiden für einen Einsatz im Schichtdienst des Kreises aus, da sie sonst die Höchstgrenze von 48 Stunden / Woche überschreiten. Das verbietet das Arbeitszeitgesetz.

Die Sicherheit auf den Straßen des Kreises und die Sicherheit der Retter im Einsatz muss Vorrang haben. Deshalb beantragen wir die Einstellung fünf hauptamtlicher Rettungsassistenten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

mit freundlichen Grüßen



(Cornelia Lindstedt)